

Münster als auch das Bundesverwaltungsgericht diese Zusammenschlüsse als eine Rechtfertigung bezeichnet haben, um eine Beobachtung der Linken vorzunehmen.

Ich empfehle Ihnen ganz dringend, erstens nicht den Verfassungsschutz in seinem gesetzlichen Handeln zu diskreditieren, der übrigens Die Linke nur mit offenen Mitteln beobachtet. Das haben wir in einer Kleinen Anfrage ausführlich dargestellt, Herr Michalowsky. Da sind keine „Schlapphüte“ am Werk, sondern Beamtinnen und Beamte in der Regel des höheren Dienstes, die öffentlich zugängliche Informationen auswerten.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Die Politik ist nicht der höhere Dienst!)

Es geht letztendlich bei der Beobachtung um Folgendes – Herr Michalowsky, da täten Sie sich den größten Gefallen –: Sorgen Sie für einen ordentlich demokratischen Umgang mit den extremistischen Einschlüssen in Ihrer Partei, sorgen Sie dafür, dass die keinen Einfluss auf die Stellung der Gesamtpartei haben, sorgen Sie am besten dafür, dass sie in Ihrer Partei nicht mehr stattfinden. Dann ist eigentlich jede Beobachtung gegenstandslos. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN, von der CDU und von der FDP – Ralf Michalowsky [LINKE]: Wir haben demokratische Einflüsse! Haben Sie doch gerade gesagt!)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Minister. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Redeliste ist erschöpft. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1066** an den **Haupt- und Medienausschuss** – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Wer wünscht dieser Überweisung zuzustimmen? – Wenn ich das richtig sehe, sind das mit Zögern alle Fraktionen dieses Hauses. Stimmt jemand dagegen? – Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Die Linke Drucksache 15/1064 an den Haupt- und Medienausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss.

(Zuruf von der LINKEN: Dieser soll direkt abgestimmt werden!)

– Gut. Das können wir ja sofort ändern.

Also: Die Fraktion Die Linke beantragt direkte Abstimmung. Wer möchte dem **Antrag Drucksache 15/1064** zustimmen? – Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Fraktionen der SPD, Grünen,

CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

## 9 Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bewerbung Münchens um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1074

Für den Antragsteller, für die Fraktion der CDU, spricht Herr Müller.

**Holger Müller** (CDU): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bewerbung 2018 ist eine weitere großartige Gelegenheit, dass sich unser Land weltweit als offen, gastfreundlich und organisationsstark präsentiert.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wenn wir diese Gelegenheit nicht nutzen, sind wir dumm gegen uns selbst. Da ich davon ausgehe, dass es keine triftigen Argumente gegen diesen Antrag gibt und Sie diesem deshalb zustimmen werden, will ich die Wortmeldung auch extrem kurz halten.

Ich möchte vor allen Dingen schließen mit einer Anerkennung für Frau Ministerin Schäfer, die gestern im Sportausschuss in mir sehr angenehmer euphorischer Weise die Gelegenheit der Frauenfußball-WM in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gepriesen hat. Deshalb, Frau Ministerin, hoffe ich doch, dass unser Antrag bei Ihnen auch in guten Händen ist. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die Fußballweltmeisterschaft der Frauen als internationale Großveranstaltung preisen, aber die Olympia-Bewerbung ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Müller. – Für die SPD spricht jetzt Herr Roth.

**Wolfgang Roth**<sup>1)</sup> (SPD): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Müller, vielen Dank, dass Sie es kurz gemacht haben.

Damit keine Missverständnisse entstehen, will ich gleich zu Beginn Folgendes erklären: Die Stadt München hat als erste Stadt der Welt die Chance, sowohl Sommerspiele als auch Winterspiele auszutragen. Sie ist deshalb bestens geeignet, die olympische Idee zu transportieren, durch Sport einen Beitrag zum Aufbau einer friedlichen und besseren Welt zu leisten sowie gegenseitiges Verste-

hen, Respekt, Toleranz, Freundschaft, Solidarität und Fairplay zu üben.

Die SPD-Fraktion und die ganze sozialdemokratische Familie auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene unterstützen selbstverständlich die Bewerbung der Landeshauptstadt München um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 und hoffen, dass die IOC-Vollversammlung am 6. Juli 2011 in Durban München als Gastgeber der Spiele proklamiert. Wie bei der Fußball-WM 2006 – Herr Müller, Sie haben es angesprochen – wäre die Welt dann wieder zu Gast bei Freunden. Aber,

(Lachen und Zurufe von der CDU)

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, was soll in diesem Zusammenhang Ihr vorliegender Antrag? Er ist schlichtweg überflüssig und zudem auch inhaltlich unschlüssig. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass das, was Sie hier fordern, bereits auf breiter Front geschehen ist? Bereits am 04.06.2009 hat die Ministerpräsidentenkonferenz einen Unterstützungsbeschluss zur Bewerbung der Stadt München einstimmig gefasst. Gleiches gilt für die Sportministerkonferenz, die sowohl im Jahre 2009 als auch im Jahr 2010 nachdrücklich die Bewerbung Münchens unterstützt und die ersten Fortschritte im Bewerbungsverfahren begrüßt hat.

Was soll eigentlich der komische Hinweis in Ihrem Antrag, dass der Unterstützungsbeschluss der Chefs der Staatskanzlei hier eine besondere Bedeutung hätte, wenn Ministerpräsidenten und Sportminister das schon erklärt haben?

Herr Müller, der CDU-Antrag ist aber nicht nur überflüssig, er ist zudem auch aus sachlichen Erwägungen nicht zu unterstützen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Denn wenn Sie schon große Teile Ihres Antrags aus dem Bundestagsantrag von SPD, CDU und FDP vom 18.06.2009 Drucksache 16/13481 abschreiben, dann machen Sie es bitte richtig und begründen Sie es vor allem auch richtig. Sie fordern unter anderem genauso wie in diesem Antrag: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Olympiabewerbung weiterhin zu fördern. – Was meinen Sie damit?

(Bodo Löttgen [CDU]: Mit Geld!)

– Mit Geld? Ja, das habe ich mir gedacht. Alleine schon deswegen können wir den Antrag nicht unterstützen. Ich verweise diesbezüglich noch einmal auf den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, der eindeutig formuliert, dass eine finanzielle Beteiligung an den Bewerbungskosten nicht vorgesehen ist. Daran halten wir natürlich auch fest.

Ich habe grundsätzlich nichts gegen schlechte Anträge, wenn sie wenigstens gut gemeint sind, Herr Müller. Ich habe aber den Eindruck, Ihr Antrag ist

nicht gut gemeint: Ich sage Ihnen auch, warum. Es ist für jeden erkennbar, dass Sie mit dem Antrag einzig und allein versuchen wollen, die Koalition in Abstimmungsschwierigkeiten zu bringen, da sie genau wissen,

(Zurufe von der CDU)

dass die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen Ende letzten Jahres die Bewerbung Münchens knapp abgelehnt hat. Ich kann nur sagen: Sie werden es nicht schaffen, einen Keil in die erfolgreiche Koalition von Rot-Grün zu treiben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass es völlig legitim ist, auch Kritik an dem Vorhaben zu äußern. So sind finanzielle und ökologische Verträglichkeiten in dem Planungsvorhaben durchaus kritikwürdig und für viele Menschen schwer nachvollziehbar. Diese Politik muss erlaubt sein, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal ganz klar sagen: Die SPD unterstützt selbstverständlich die Bewerbung der Landeshauptstadt München um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018. Wir unterstützen aber keine überflüssigen und sachlich unschlüssigen Anträge wie den Ihren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Roth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Paul.

**Josefine Paul (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sportliche Großereignisse haben eine große Strahlkraft. Deutschland hat sich in der Vergangenheit immer wieder als guter, weltoffener und sportbegeisterter Gastgeber erwiesen. Nicht zuletzt – da sind wir uns sicherlich alle einig – haben diese Ereignisse dazu beigetragen, ein neues Bild von Deutschland nach den Jahren Nazibarbarie zu zeichnen, die nicht zuletzt auch den olympischen Gedanken, den Gedanken von friedlichem und welt offenem Miteinander mit den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin und Garmisch zu Propagandazwecken missbraucht haben.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben sehr positive Beispiele, auch hier in NRW. Wir alle erinnern uns sicherlich gerne an die Fußball-WM 2006 der Männer. NRW und ganz Deutschland wurden in diesen vier Wochen zu einer großen internationalen Partymeile. Die Menschen aus der ganzen Welt waren wirklich zu Gast bei Freunden.

Aber in NRW wird nicht nur den Topathletinnen und -athleten der Welt gehuldigt und sie werden gefeiert, sondern im letzten Jahr war Köln auch Gastgeber-

stadt der größten Breitensportveranstaltung der Welt. Die Gay Games hatten in Köln Station gemacht, und die Menschen waren begeistert. Auch unsere Gäste aus der ganzen Welt waren begeistert, wie großartig die Stimmung und die Unterstützung für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren.

Auch – Herr Müller hat es schon angesprochen – in diesem Jahr finden wieder großartige Ereignisse unter anderem in NRW statt. Das größte von ihnen wird sicherlich die Fußballweltmeisterschaft der Frauen sein. NRW hat mit den Spielorten Bochum, Leverkusen und Mönchengladbach wieder die Chance, als ganz zentraler Austragungsort zu zeigen, dass unsere Fans in NRW mit Sicherheit nicht nur die Spiele der deutschen Frauen unterstützen werden, sondern auch die Spiele der anderen Teams zu einer tollen Fußballparty machen werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber – da ist es wieder, auch hier das Aber; Sie haben sich wahrscheinlich auch beim Schreiben des Antrags gedacht, dass ein Aber kommt – bei aller Begeisterung für den Sport muss auf der anderen Seite auch darauf hingewiesen werden, dass für uns Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker eines klar sein muss: Die reine Sportbegeisterung, die für mich aus Ihrem Antrag spricht, gebührt aus meiner Sicht den Fans. Denn von Sportpolitik muss man mehr erwarten können.

Gestatten Sie mir noch ein paar kleine differenziertere Blicke auf die Bewerbung von München für die Olympischen Winterspiele 2018! Das Bidbook, sozusagen die Bewerbungsmappe für die Olympischen Spiele 2018 in München, ist abgegeben. Nun liegt es beim IOC, seine Entscheidung zu treffen. Die politischen Verantwortlichen in Bayern und München haben ihre Entscheidung zu dieser Bewerbung längst getroffen, auch – das will ich an dieser Stelle nicht verschweigen – gegen den nicht unerheblichen Protest und die nicht unerheblichen Bedenken aufgrund unkalkulierbarer Kosten und nicht abzusehender Folgen für die Umwelt.

Selbst wenn man das einmal zur Seite stellt, ist aus meiner Sicht die heutige Befassung des Landtags Nordrhein-Westfalen mit dieser Bewerbung – auch mit Blick darauf, dass die Bewerbung längst abgegeben ist – vollkommen obsolet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Um auch noch das zu sagen, bevor Sie sagen, wir seien die Dagegen-Partei und wollten nie etwas: Unsere Kolleginnen und Kollegen in Bayern haben immer darauf hingewiesen, dass die Olympischen Spiele einem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtet sind. Dazu haben die Grünen konstruktive Beiträge geliefert, zum Beispiel mit ihrem Konzept „München plus 4“. In diesem Konzept haben die Grünen vorgeschlagen, die Biathlon-Wettbewerbe in Ruhpolding auszutragen. Den Wintersportfans wird diese

Stadt sicherlich ein Begriff sein als eine absolute Hochburg des Biathlon und Austragungsart der Biathlon-WM 2012. Genau für diese WM wurde dort schon das Stadion für ungefähr 13 Millionen € saniert.

Warum sollte dann nicht im Sinne der Nachhaltigkeit gehandelt werden und diese vorhandenen Sportanlagen genutzt werden, statt die Umwelt und die öffentlichen Kassen noch weiter zu belasten? – Das war offensichtlich nicht gewollt. Dementsprechend werden jetzt neue Sportanlagen gebaut.

Kritische Nachfragen im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit von sportlichen Großereignissen und den weltweiten Verbänden, die sich hinter diesen Events verbergen, sollten nicht als sportmuffelige Spaßbremsenhaltung verstanden werden, sondern ich möchte das Gegenteil unterstreichen: Es geht um das kritische Hinsehen und Nachfragen, das konstruktive Begleiten. Das sollte doch Sportpolitik ausmachen.

In diesem Sinne möchte ich noch einmal die Kolleginnen und Kollegen von der CDU – vor allem natürlich den Kollegen Müller – ganz kritisch und kurz befragen: Sie haben den Begriff der Nachhaltigkeit einmal ganz kurz in Ihrem Antrag erwähnt, und zwar in einem der Beschlusspunkte. Im restlichen Antragstext kommt das Wort überhaupt nicht vor. Ich frage mich, ob Sie Ihren Antrag vielleicht einem kleinen Green-Washing unterzogen haben und ansonsten doch eher dem Fantum gefolgt sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das versteht Herr Müller nicht!)

Ich kann nur noch einmal sagen: Die Sportbegeisterung gebührt aus meiner Sicht in allererster Linie den Fans. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Frau Paul. – Für die FDP spricht jetzt Herr Dr. Wolf.

**Dr. Ingo Wolf (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesen Antrag der CDU kann jeder sportbegeisterte und vernünftige Mensch ja nur unterstützen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das wird hoffentlich sehr breit der Fall sein.

Herr Roth, Sie sind mit Ihrem Auftritt heute einfach nur zu bedauern gewesen. Hätte Sie Ihr ehemaliger Arbeitgeber hier heute reden hören und es hätte noch eine Möglichkeit gegeben, eine arbeitsrechtliche Maßnahme zu treffen, wären Sie wahrscheinlich entlassen worden. Denn ein solcher Eiertanz ist nicht zu verstehen. Gegen Sie ist ein Brummkreisel ein Hundert-Meter-Geradeausläufer.

(Beifall von der FDP)

Die Bewerbung von München, Garmisch-Partenkirchen und des Berchtesgadener Landes ist natürlich eine Supergelegenheit für dieses Land, sich erneut sportpolitisch zu positionieren. So haben sich alle großen Fraktionen im Bundestag, CDU, SPD und FDP, einmütig hinter die Bewerbung gestellt. Alle haben gesagt: Es geht um Fairplay. Es geht um Respekt. Es geht um Völkerverständigung. Und es ist eine nationale Aufgabe. Natürlich darf sich dann auch ein Landesparlament wie das von Nordrhein-Westfalen damit beschäftigen.

Im Unterschied zu Ihnen, Frau Paul, die Sie das nicht erkannt haben, sind natürlich auch die ökologische Nachhaltigkeit und die kurzen Wege Teil des Konzepts. Deshalb ist es völlig selbstverständlich, dass das dort gewollt ist. Wenn Sie am Thema noch irgendwelche Zweifel haben, kann ich Ihnen nur den sportpolitischen Ober-Grünen als Zitatgeber nennen: Das werden die umweltfreundlichsten Winterspiele der olympischen Geschichte. – So Herr Vesper, Generaldirektor DOSB, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Dass sich auch die Regierungschefs der Länder und die Bundeskanzlerin mit einem Unterstützungsbeschluss dahinter gestellt haben, ist schon gesagt worden. Aber wie kann es anders sein? Einer ist immer dagegen. Das ist die Partei der Grünen. Sie haben dagegen gestimmt.

Meine Damen und Herren, das kennen wir ja schon: Die Grünen sind gegen Kraftwerke – seien es Atom- oder Kohlekraftwerke –, sie sind gegen Straßen, sie sind gegen Bahntrassen, gegen Durchgangsbahnhöfe, sie sind gegen alles, und sie hören noch nicht einmal zu – wie heute. Denn Herr Vesper hat auch geklagt: Wir hatten nicht einmal die Gelegenheit, die Bewerbung darzustellen oder das Umweltkonzept zu erläutern. – Das ist grüne Demokratie, wie wir sie kennen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Lieber Herr Roth, ich darf Sie an die Presseerklärung der SPD-Bundestagsfraktion erinnern: Grüne fallen der Olympiabewerbung in den Rücken! – Treffer, versenkt! Genauso ist es.

Heute stellen Sie sich daneben und machen mit. Das heißt: Sie unterstützen die notorischen Spielerverderber. Ich kann nur sagen: Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diese Bewerbung zu unterstützen. Wir als FDP wollen das gerne tun und schließen uns insofern diesem Antrag natürlich an. Ich meine, er hat es verdient. An der Stelle brauchen wir kein parteipolitisches Hickhack. Offensichtlich aber wollen Sie es nicht anders. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Dr. Wolf. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Michalowsky.

**Ralf Michalowsky (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der CDU, Sie behaupten in Ihrem Antrag, dass die Ausrichteregionen von Olympischen Spielen durch die Belebung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft infolge gesteigerter Tourismuszahlen zu den Gewinnern eines solchen Sportgroßereignisses zählen würden. Offensichtlich haben Sie sich nicht ausreichend mit den Fakten und der Geschichte nach den Olympischen Spielen in den jeweiligen Ausrichteregionen beschäftigt.

Als Erstes muss in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass das Internationale Olympische Komitee – IOC – mit unglaublichen Knebelverträgen arbeitet, die in dieser Form in Deutschland eigentlich gar nicht zulässig sind: Während dem IOC sämtliche Gewinne aus den Spielen zugesichert werden, sind die Hauptkostenträger die Kommunen und Gemeinden. Da München und Garmisch-Partenkirchen mit zu den am höchsten verschuldeten Gemeinden Bayerns gehören, kann davon ausgegangen werden, dass dort – geht der Zuschlag zur Ausrichtung nach Bayern – Handlungsunfähigkeit für andere wichtige kommunale Politikfelder die Folge sein wird. Das ist zum Beispiel in der Region Piemont der Fall. Der Großteil der Kommunen in der Region ist heute zahlungsunfähig.

Doch zurück zum Knebelvertrag des IOC: Der Vertrag ist so formuliert, dass das IOC seine Vertragsgegenstände jederzeit noch nachträglich einseitig verändern kann. Wie gesagt: Ein solches Vertragswerk entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. – Die Stadt München, der Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland verpflichten sich, jede gewünschte Veränderung des IOC unbesehen umzusetzen. Ein unglaublicher Vorgang!

Für die Marketingstrategie des IOC ist diese Möglichkeit jedoch wichtig. Das hat sich bei der Alpinen Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen in diesem Jahr gezeigt. Denn hier wurden massive Abstriche am Umweltkonzept gemacht, um den Medien einen freien Blick auf die gesamte Wettkampfstrecke zu gewährleisten. Das lässt Rückschlüsse auf die ökologische Nachhaltigkeit der Olympischen Spiele zu. Denn mit dieser ist es nicht weit her. Darauf machen Naturschutzverbände in Bayern immer wieder aufmerksam.

Das fängt schon mit der Wahl der Orte an: Die alpinen Wettbewerbe sollen in Garmisch-Partenkirchen und im Loisachtal stattfinden, also in einer Gegend, die für ein solches Großereignis schlicht zu klein ist. Außerdem befinden wir uns gerade einmal 700 m über NN, in einer Höhe, in der es keine Schneegarantie gibt. Bereits 2007 konnten die Weltcup-

Abfahrten in Garmisch-Partenkirchen nur durch Schneetransporte mit Lkw aus dem 100 km entfernten Wipptal gesichert werden. Ein immenser finanzieller und ökologisch nicht vertretbarer Aufwand! Die Gewährleistung der Befahrbarkeit der Pisten kann nur mithilfe von Schneekanonen und einem enormen Verbrauch an Wasser und Energie erfolgen.

Ein weiteres Problem ist die mangelnde Akzeptanz innerhalb der Region selbst. Viele Landwirte in Garmisch-Partenkirchen wollen ihre Flächen, auf denen bereits ohne Nachfrage verschiedenste Wettbewerbe geplant wurden, nicht zur Verfügung stellen, und dann wird laut über Enteignung nachgedacht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich hätte nicht gedacht, dass ich mich einmal gegen Enteignungspläne von Ihrer Seite stellen müsste. Wir machen Sie gerne darauf aufmerksam, dass die Enteignung von Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich nur dann legitimiert ist, wenn es einem höheren Gemeinwohl förderlich ist. Dies ist bei der Bedienung der Interessen eines Sportverbandes jedoch nicht zu erkennen, und darum müssen Sie und Ihre Schwesterpartei in Bayern sich fragen lassen, wie Sie es mit der Verfassung halten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Meine Fraktion wird den Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Die Sozialistengesetze des vorletzten Jahrhunderts und die daraus resultierenden Verfolgungen waren falsch. Die Beobachtung der Grünen in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts war falsch. Und die derzeitige politisch motivierte geheimdienstliche Beobachtung der Linken ist ebenso falsch. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]:  
Thema verfehlt!)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Michalowsky. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bedanke mich erst einmal für Ihr Lob von gestern dafür, Herr Müller, dass ich so stark für die Fußballweltmeisterschaft der Frauen eingetreten bin. Das versteht sich aber von selbst. Schließlich haben alle betont, dass Nordrhein-Westfalen ein wirklich sportbegeistertes, weltoffenes Land und auch gerne Gastgeberland ist. Dieser Antrag heute – fünf Jahre nach dem Beginn der Bewerbungsphase, fünf Monate vor der Vergabeentscheidung des IOC Anfang Juli und ei-

ne Woche nach Abgabe des offiziellen Bidbooks, der Bewerbungsunterlagen – ist aus Sicht der Landesregierung eher entbehrlich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn NRW hat die Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele von Anfang an ganz intensiv unterstützt.

Es sind die verschiedensten Gremien genannt worden. Ich selbst war in der Sportministerkonferenz und habe die Bewerbung seitens Nordrhein-Westfalens unterstützt.

Eines will ich aber sagen: Die ideelle Unterstützung ist das eine. Das andere ist, dass Nordrhein-Westfalen einen unglaublichen Beitrag an praktischer Unterstützung für die Olympischen und Paralympischen Spiele geleistet hat. Konkret haben dies der BSC Winterberg und die Bobbahn Winterberg Hochsauerland getan. Sie haben nämlich ihre sehr aussichtsreiche Bewerbung für die Ausrichtung der Bob- und Skeleton-Weltmeisterschaften 2011 zurückgezogen. Damit gab die Ausrichtergemeinschaft den Weg frei für Königssee und unterstützte die Stadt München in beispielhafter Weise. Diese kann sich nämlich jetzt im Februar mit der Bob- und Skeleton-WM in Königsee und der Alpinen Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen als attraktiver und leistungsfähiger Wintersportstandort und als weltoffener Gastgeber international präsentieren.

Ich sage Ihnen: Besser lässt sich die Eignung als Austragungsort der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 kaum belegen. Das, meine Damen und Herren von der CDU, sind Taten und nicht nur Worte. Mit mehr Worten sollten wir diesen Antrag hier und heute auch nicht bedenken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Frau Ministerin Schäfer. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Widerspruch von der CDU)

– Entschuldigung. Für die CDU möchte Herr Müller noch einmal sprechen.

**Holger Müller** (CDU): Also: Alle – mit Ausnahme der Linken – haben für die Bewerbung Münchens für die Olympischen Spiele gesprochen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Nicht richtig zugehört!)

aber Rot-Grün stimmt gegen den Antrag. Das lässt nur einen einzigen Schluss zu: Der Falsche hat den Antrag gestellt. Ein erbärmliches Niveau!

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Roth, vor fünf Jahren hat der Kollege Dr. Vesper hier den Antrag gestellt, man möge die Gäste für die WM 2010 willkommen heißen. Da hat es in meiner Fraktion tatsächlich Leute gegeben, die gefordert haben, ich solle dagegen stimmen und argumentieren. Diese Entblödung war mit mir nicht zu machen. Ich bin aber tief betrübt, dass Sie das jetzt mitmachen – und das noch als ehemaliger Mitarbeiter des Landessportbundes, den ich vorher kontaktiert habe, ob es Sinn mache, den Antrag zu stellen.

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Herr Müller, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Löttgen zulassen?

**Holger Müller (CDU):** Ja, gerne.

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

**Bodo Löttgen (CDU):** Vielen Dank, Herr Kollege Müller, dass Sie die Zwischenfrage zulassen; ich bin eben beim Kollegen Roth nicht durchgedrungen. Herr Roth hat uns unterstellt – und das war völlig abwegig –, wir würden mit dem Antrag Streit in die Koalition tragen wollen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

Stimmen Sie mir denn zu, dass diese Äußerung von Herrn Roth den Schluss nahelegt, dass dieser Streit in der Koalition schon vorhanden ist?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

**Holger Müller (CDU):** Wenn ich mich recht erinnere, hat Herr Roth gesagt, ich wolle mit dem Antrag Streit in die Koalition tragen. Ist Streit in der Koalition mittlerweile ein Staatsverbrechen? Ist das verboten, oder wie?

(Beifall von der CDU)

Aber selbst, wenn es verboten wäre, wäre mir doch nie in den Sinn gekommen, dass man mit diesem Antrag Streit in die Koalition bringen könnte. Ich weiß gar nicht, wie der Kollege Roth auf so etwas kommen kann.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf)

– Nein, noch nicht.

Wir wissen doch alle – da muss ich Ihnen widersprechen, Frau Schäfer –: Natürlich gibt es etwas Konkretes, sonst hätten wir den Antrag doch nicht gestellt. Es gibt den Beschluss des Bundesparteitages der Grünen gegen die Bewerbung für Olympia.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Aha!)

Mit diesem Beschluss wird beim Internationalen Olympischen Komitee Werbung gegen die Olympiabewerbung gemacht –

(Ralf Witzel [FDP]: Bündnis 90/Dagegen!)

mit einer einzigen Absicht, nämlich Olympia kaputt zu machen.

Sie lassen die Uhr weiterlaufen. Das ist mir jetzt egal.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

– War das nicht korrekt?

(Ralf Witzel [FDP]: Dem ist nichts hinzuzufügen!)

Es ist schon hochinteressant, wie Sie darauf reagieren.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Der Kollege Vesper ist ein wesentlicher Promoter der Bewerbung. Sie wissen es genau; Sie sind ja für den Antrag von der SPD. Das sehe ich Ihnen doch an.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Britta Altenkamp [SPD]: Was muss man nehmen, damit man diesen Zustand wie Sie erreichen kann?)

Herr Priggen, jetzt ein von mir wirklich ernstgemeintes Wort an die Grünen: Sie wissen genau, dass der Kollege Dr. Vesper die Nachhaltigkeit und das ökologische Konzept maßgeblich beeinflusst hat. Sie wissen, dass es Alternativen gibt.

(Zurufe)

– Hören Sie doch einmal zu! Der liebe Gott hat auch Ihnen zwei Ohren und einen Mund gegeben, damit Sie mir hin und wieder mal zuhören.

(Allgemeine Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Müller, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Markert zulassen?

**Holger Müller (CDU):** Nein, jetzt möchte ich kurz auf Herrn Vesper eingehen. Danach.

Herr Dr. Vesper ...

(Heiterkeit von der SPD)

– Entschuldigung! Herr Priggen, Herr Dr. Vesper hat das Konzept maßgeblich beeinflusst. Wenn München kaputt geht, ist die Alternative Pyeongchang in Südkorea. Dort wird hemmungslos enteignet und abgeholt, damit alles möglich gemacht wird. Da wird gegen die Ökologie verstoßen. Ich muss sa-

gen: Es ist schon irgendwo heuchlerisch, hier ein ökologisches Konzept abzulehnen und damit ein antiökologisches Konzept in einem anderen Teil der Welt zu fordern.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie sollten noch einmal über Ihre hohen moralischen Gründe nachdenken.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es gab noch eine Zwischenfrage.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Müller, der Abgeordnete Markert hatte Ihnen eine Zwischenfrage gestellt. Deswegen hatte ich Sie vorhin auch unterbrochen. Aber Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

**Holger Müller (CDU):** Herr Markert, bitte schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herr Müller, herzlichen Dank für die Möglichkeit, Ihnen noch eine Abschlussfrage zu stellen. Angesichts Ihres leidenschaftlichen Plädoyers für die Olympischen Spiele frage ich Sie: Warum setzt sich Ihre Fraktion nicht für Olympische Winterspiele in Nordrhein-Westfalen ein, wo wir hier doch so wunderbare Wintersportstandorte haben?

(Zurufe von der CDU: Oh!)

**Holger Müller (CDU):** Die Beantwortung dieser Frage liegt über meinen geistigen Qualitäten. Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

**Holger Müller (CDU):** Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich finde es schon bedauerlich, dass der Antrag nur abgelehnt wird, weil wir ihn gestellt haben. Über diese Kultur des Parlaments sollte man auch noch mal nachdenken.

Ich gehe davon aus, dass Sie den Antrag ablehnen werden. Sie wissen, dass das falsch ist. Sie wissen auch meistens nicht, warum. Aber ich gehe davon aus, dass Sie sich privat für Olympia einsetzen. – Schönen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Noch einmal Dank an den Abgeordneten Müller. – Als nächster Redner hat noch einmal für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Roth das Wort – mit 43 Sekunden.

**Wolfgang Roth<sup>3)</sup> (SPD):** Herr Müller, das war eine bekannt humoristische Einlage von Ihnen. Mir ist das leider nicht so wie Ihnen in die Wiege gelegt. Ich bin auch keine rheinische Frohnatur, will aber zumindest noch ein paar Dinge klarstellen.

Erstens. Ich habe zu Beginn meiner Rede, damit Sie es auch mitbekommen, klipp und klar die Absichtserklärung der SPD, der gesamten sozialdemokratischen Familie, deutlich gemacht, dass wir diese Olympischen Spiele unterstützen. Das ist doch überhaupt keine Frage.

(Zuruf)

Versuchen Sie doch jetzt nicht, hier einen Popanz aufzubauen. Darauf lassen wir uns gar nicht ein.

Zweitens. Ihren Antrag lehnen wir ab, weil er grotteschlecht ist,

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist denn Ihr Antrag?)

weil er in der Begründung grotteschlecht ist, weil er abgeschrieben ist und auch noch falsch abgeschrieben ist. Ich werde Ihnen das bei Gelegenheit noch nachweisen. Das kann ich jetzt leider nicht, aber ich habe die Unterlagen da. Er ist schlampig und grotteschlecht gemacht. Deswegen lehnen wir ihn ab.

Noch etwas zu den Grünen. Ich habe es deutlich ausgeführt: Der Antrag ist schlecht gemacht und schlecht gemeint. Ja, er ist von Ihnen schlecht gemeint.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Zu spät! – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie haben das natürlich vor dem Hintergrund, gegebenenfalls etwas stiften zu können, angestrengt. Ansonsten ist er doch viel zu spät. Er ist doch vollkommen sinnlos und zu spät.

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Dann können Sie auch den ganzen Klamauk lassen. Seien Sie sicher: Mein Arbeitgeber hat volles Verständnis für eine solche Argumentation.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Roth. – Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Das bleibt auch beim Blick in die Runde so. Ich weise deswegen auch nicht darauf hin, wo noch Redezeiten vorhanden sind.

Wir kommen ganz schnell zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Inhalt des **Antrags Drucksache 15/1074** zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. Meine Damen und Herren, damit ist der Antrag **abgelehnt**.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Meine Damen und Herren, wir sind damit bei Tagesordnungspunkt

#### **10 Die individuelle Förderung stärken – Lehrerinnen und Lehrer zu Experten für individuelle Förderung fortbilden**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/673

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP der Abgeordneten Pieper-von Heiden das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Moment gibt es zwar noch nicht direkt etwas abzustimmen, aber später nach Überweisung im Ausschuss. Ich hoffe, dass wir als FDP ein Thema getroffen haben, das in dieser Zeit wirklich ganz wichtig ist. Das schreiben uns die PISA-Studien ins Stammbuch.

Ich denke und hoffe, dass die Koalitionsfraktionen, nachdem sie einen Teil ihrer Symbolpolitik, die sie im Wahlkampf versprochen haben, abgewickelt haben mit der kleinen Schulgesetznovelle, sich jetzt den qualitativen Initiativen zuwenden können. Ich würde mich freuen, wenn Sie dieses Thema ähnlich bewerten würden, wie wir das tun.

Individuelle Förderung ist, wie gesagt, ganz wichtig. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, immer wieder beispielsweise auf das Gemeinschaftsschulsystem in Finnland hinweisen, so darf ich Ihnen sagen, dass gerade in Finnland auf sechs Differenzierungsebenen gearbeitet wird.

(Beifall von der FDP)

Wir differenzieren bei uns in Nordrhein-Westfalen also nicht zu viel, sondern zu wenig.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen unsere Lehrerinnen und Lehrer erst einmal wirklich fit dafür machen, dass sie diese wichtige Aufgabe bewältigen können.

(Beifall von der FDP)

Wir wissen, dass über die Jahre und Jahrzehnte in der Lehrerausbildung diesbezüglich nicht viel passiert ist, dass unsere jungen Lehrerinnen und Lehrer in den Beruf gegangen sind, ohne dass sie hinreichend darauf vorbereitet gewesen wären, individuell zu fördern. Immer gelingt dies auch in der einzelnen Schulform noch nicht. Wir von FDP und CDU haben es deswegen als sehr wichtig und essenziell empfunden, diesen Anspruch auf individuelle Förderung für jedes Kind im novellierten Schulgesetz 2006 festzuschreiben.

Richtig ist: Man kann nicht von heute auf morgen den Schalter umlegen. Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Wir haben am Ergebnis der Qualitätsanalyse, die eine Bestandsaufnahme dessen ist, was in den Schulen passiert, durchaus gesehen, dass es gerade bei der individuellen Förderung nicht nur Verbesserungsmöglichkeiten, sondern auch Verbesserungsnotwendigkeiten gibt.

Wir müssen uns jetzt dringend auf den Weg machen. Es ist richtig: In der Vergangenheit hat es für Lehrerinnen und Lehrer kaum Möglichkeiten gegeben, sich gerade auf diesem anspruchsvollen Gebiet qualifiziert fortzubilden. Das hat noch Schwarz-Gelb in die Wege geleitet. Vor ein paar Jahren haben wir, das Schulministerium und das Landeskompetenzzentrum für Individuelle Förderung in Münster, damit begonnen, hochqualitative Fortbildungsmaßnahmen zu entwickeln. Die sind jetzt in der Praxis; die haben den Praxistest bestanden, indem tatsächlich Moderatoren der Bezirksregierungen in der ersten Staffel sind. Diese Fortbildung sollte jetzt unbedingt auf die Fläche übertragen werden.

Selbstverständlich wissen auch wir, dass es nicht möglich ist, alle Lehrerinnen und Lehrer sofort fortzubilden. Ein dringendes Anliegen ist es aber, dass man jeder Schule anbietet, eine solche Fortbildung in Anspruch zu nehmen: wenigstens eine Lehrkraft, besser wären natürlich zwei.

(Beifall von der FDP)

Im Moment sind 25 Vertreterinnen und Vertreter von Gütesiegelschulen in der Fortbildung. Ich denke, Sie müssen das ähnlich bewerten, wenn Sie die Qualitätsanalyse ernst nehmen, so wie wir es tun: dass es unumgänglich ist, endlich damit anfangen.

Wenn Sie Unterstützer für die qualifizierte Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern suchen, werden Sie diese immer bei der FDP finden, indem auch da